

Wir wissen, daß unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf den Ostsektor Berlins gerichtet sein darf, sondern daß unsere Partei gerade in den Westsektoren Berlins eine stärkere Aktivität in Verbindung mit allen Kräften der Landesorganisation an den Tag legen muß. Wir können feststellen, daß eine ganze Anzahl unserer Genossen, insbesondere der jungen Genossen, es in den letzten Wochen verstanden haben, stärker gegen diesen politischen Terror aufzutreten und durch ihre Methoden, durch Anwendung lebendiger Beispiele auch an Arbeiterschichten heranzukommen, die durch den Terror oftmals dem politischen Einfluß unserer Partei entzogen wurden. Viele Opfer hat die Partei auch hierbei auf der Strecke lassen müssen. Durch die Methoden der Stumm-Polizei in Verbindung mit den westlichen Besatzungsbehörden sind viele Genossen und sympathisierende Arbeiterinnen und Arbeiter verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Erst jüngst wurde wiederum auf Grund des Terrors, der von seiten der Stumm-Polizei zur Anwendung kommt, eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Gestattet mir deshalb, Genossinnen und Genossen, dieser Konferenz vorzuschlagen, daß sie gleichfalls nicht nur einen flammenden Protest gegen diesen Terror zum Ausdruck bringt, sondern daß sie ihre Stellungnahme in einer Resolution zusammenfaßt, die ich hiermit der Konferenz unterbreite und die ich bitte als Ausdruck des Protestes der Konferenz gegen den Terror der westlichen Besatzungsbehörden und den Terror der Stumm-Polizei anzunehmen.

Die Berliner Delegation unterbreitet folgende kurze Entschließung der heute tagenden Parteikonferenz:

„Die Parteikonferenz protestiert gegen die unglaublichen Methoden der französischen Militärjustiz in Berlin, die fünf Genossen, die auf dem roten Wedding den ‚Jugend-Vorwärts‘ vertrieben, zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilte. Die fünf Genossen, unter denen sich drei Jugendliche befinden, wurden von 30 Polizeibeamten verhaftet, die von der Schußwaffe Gebrauch machten und die Verhafteten gefesselt abführten. Angesichts dieses Zahlenverhältnisses wirkt es unglaublich, daß den fünf verurteilten Genossen ein Überfall auf die deutsche Polizei zur Last gelegt wurde. Wie muß es um die 30 schwerbewaffneten Polizisten bestellt sein, wenn sie sich von unseren fünf zeitungsverkaufenden Genossen für überfallen und behindert erklären, und wie mit einer Justizbehörde, die sich zum Träger einer derartigen Anklage macht und solche Willkürurteile fällt!

Wir verlangen die sofortige Freilassung dieser Genossen und die völlig ungehinderte Tätigkeit der demokratischen Kräfte in ganz Berlin.“ (Beifall.)